Erscheint wöchentlich einmal in Zürich (Schweiz)

Verlag Volksbuchhandlung Hottingen-Zürich.

Postsendungen franco gegen franco. Gewöhnliche Briefe nach der Schweiz kosten Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Abonnements werden bei allen schweizerischen Postbureaux, sowie beim Verlag und dessen bekannten Agenten entgegengenommen und zwar zum voraus zahlbaren Vierteljahrspreis von: Fr. 2.— für die Schweiz (Kreuzband) Mk. 3.— für Deutschland (Couvert) fl. 1. 70 für Oesterreich (Couvert) Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Kreuzband)

Inserate Die dreigespaltene Petitzeile 25 Cts. — 20 Pfg.

№ 27. Donnerstag, 28. Juni. 1883.

Zuse an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat".

Da der „Sozialdemokrat" sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezw. verfolgt wird, und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzufangen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr nothwendig und darf keine Vorsichtsmaßregel versäumt werden, die Briefmarder über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schützen. Haupterforderniß ist hiezu einerseits, daß unsere Freunde so selten als möglich an den „Sozialdemokrat", resp. dessen Verlag selbst adressiren, sondern sich möglichst an irgend eine unverdächtige Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; anderseits aber, daß auch uns möglichst unverfängliche Zustellungsadressen mitgetheilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich behufs größerer Sicherheit Rekommandirung. Soviel an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat" unsern Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Parteigenossen! Vergeßt der Verfolgten und Gemaßregelten nicht!

Der Kampf um die Phrase.

Wenn die verschiedenen Parteien und Gruppen, welche sich heute um die Herrschaft in Staat und Gesellschaft streiten, ihre wirklichen Ziele ebenso offen und frei auf ihr Banner schrieben, als es die Sozialdemokratie thut, so würde dies ein wirklich gesundes Parteileben zur Folge haben. Statt dessen aber sehen wir die Parteien der alten Gesellschaft ängstlich bemüht, ihre schmutzigen Sonderinteressen hinter möglichst schönklingenden Phrasen zu verbergen. Nicht blos Unwissenheit und Verschwommenheit greifen begierig nach jeder neuen Phrase, nicht blos wo Begriffe fehlen, stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein, wie zum Beispiel bei den sogenannten Anarchisten, sondern auch wo Begriffe, und zwar sehr reale, verborgen werden sollen, muß ein angenehm klingendes Wort herhalten.

Bevorrechtung der Großgrundbesitzer wird zum „Kampf wider das Kapital", Bereicherung der Fabrikbesitzer zum „Schutz der nationalen Arbeit", Herrschaft des Pfaffenthums zur „Freiheit der Religion", das Recht auf unbeschränkte Ausbeutung der Arbeiter zum „freien Wettbetrieb der wirthschaftlichen Kräfte", die Verewigung der Meisterherrlichkeit zur „Organisation der produktiven Kräfte", die Willkürherrschaft der Polizei zur „Rückkehr zur Zucht und Ordnung", die Wiederherstellung des Absolutismus zum „sozialen Königthum" u. s. w. u. s. w.

Nun hat es in unserer schnelllebigen Zeit indeß auch mit den Phrasen seine eigene Bewandtniß, sie wirthschaften sich schnell ab, wozu neben dem Konkurrenzkampf der Parteien namentlich die steigende politische Erkenntniß des Volkes, ganz besonders der Arbeiterklasse, ihr Theil beiträgt. Die Folge ist ein beständiges Haschen nach neuen Phrasen, neuen Schlagwörtern, ein wahrer Wettkampf um die Phrase.

Im Allgemeinen ist aus den soeben entwickelten Gründen dieser Kampf für uns wenig gefährlich. Hätten wir volle Bewegungsfreiheit, so würden wir sagen, absolut ungefährlich. Unter den heutigen Verhältnissen aber, wo den Kämpfern der Sozialdemokratie in Deutschland das freie Wort, die Waffe der Kritik unmöglich gemacht ist, wäre es thörichte Selbstverblendung, die Gefahr der Verwirrung der Köpfe durch gewisse Phrasen einfach hinwegleugnen zu wollen. Es ist vielmehr unsere Pflicht, jeder neu auftretenden Phrase zu Leibe zu gehen, ihren Gehalt zu prüfen und dem Volke zu zeigen, weß Geistes Kind sich hinter der schönen Maske verbirgt.

So wollen wir uns denn heute mit einer Phrase beschäftigen, die zwar an sich nichts weniger als neu ist, die aber unseres Wissens dieser Tage zum ersten Male als politisches Schlagwort in den Kampf der Parteien geworfen worden ist.

Herr Joseph Cremer, der weiland Kampf- und getreue Gesinnungsgenosse des grausamen spanischen Thronprätendenten Don Carlos, hat nach der Berliner „Volkszeitung", vor wenigen Tagen in einer Versammlung des (antisemitischen) „Deutschen Reformvereins" in Chemnitz folgenden Ausspruch gethan:

„Der oft mißbrauchte liberale Satz: „Gleiches Recht für Alle" muß umgeändert werden. „Gleiche Gerechtigkeit für Alle!""

Der betreffende Korrespondent der „Volkszeitung" macht sich in einer Weise über diesen Ausspruch lustig, aus der hervorgeht, daß er glaubt, hier sei nur ein im Grunde gleichbedeutendes Wort für ein anderes gesetzt worden. Dem ist aber keineswegs so. Die schöne neue Phrase versteckt hier ein bestimmtes System, und zwar ein nichts weniger als schönes.

Was ist Gerechtigkeit? Die Verwirklichung dessen, was recht ist. Nun sind aber nicht nur in den verschiedenen Epochen der Geschichte die Anschauungen darüber, was recht und gerecht ist, sehr verschiedene gewesen, sondern auch in einer gegebenen Epoche sind dieselben keineswegs bei allen Elementen der Gesellschaft die gleichen. Auf einer gewissen Kulturstufe gilt es durchaus für gerecht, den besiegten Feind zu tödten oder auch zu verzehren, und so fatal dies auch von dem Besiegten empfunden wird, es fällt ihm gar nicht ein, zu behaupten, daß ihm Unrecht geschieht. Ebenso verhält es sich mit der gegen diese Anschauung einen bedeutenden Fortschritt darstellenden Sklaverei. Erst in einer vorgeschrittenen Epoche wird auch die Sklaverei als ungerecht empfunden, und zwar zunächst von Denen, die gesellschaftlich rechtlos sind, den Sklaven, während die Sklavenbesitzer behaupten, daß die Sklaverei durchaus „gerecht" sei. Man kann diese Entwicklung weiter verfolgen in Bezug auf die Leibeigenschaft, die Hörigkeit, das Zunftbürgerthum u. s. w.

Bleiben wir indeß bei dem Bilde der Sklaverei, dem am wenigsten komplizirten.

In einer auf Sklaverei beruhenden Gesellschaft ist der Ruf: „Gleiches Recht für Alle!" ein durchaus revolutionärer, heißt er Abschaffung der Sklaverei als Rechtsinstitution. Was heißt aber zur selben Zeit der Ruf: „Gleiche Gerechtigkeit für Alle"? Offenbar nicht anderes als: dem Sklaven soll wie dem Herrn nach bestimmten Grundsätzen sein Recht werden, aber im Rahmen der auf Sklaverei beruhenden Gesellschaft. Er heißt: Fortbestand der Sklaverei. An der Sklaverei wird nicht gerüttelt, denn das wäre „ungerecht" gegen den Sklavenbesitzer. Maßgebend für das, was gerecht ist, sind Diejenigen, die Recht sprechen, sei es die Gemeinschaft der Freien insgesammt, sei es wiederum eine Minderheit derselben. In dem Rufe: „Gleiches Recht für Alle!" ist der Begriff der Gleichheit der maßgebende, der Begriff der Gerechtigkeit aber schließt nicht an und für sich den der Gleichheit ein.

Nun ist es natürlich auch mit der formellen Gleichheit, wie sie der Liberalismus erstrebt, nicht gethan, es hat sich vielmehr gezeigt, daß auch die bürgerliche Gesellschaft keineswegs jenes Ideal von Glückseligkeit und Wonne ist, als welche sie von ihren Vorkämpfern verkündet wurde. Das „gleiche Recht für Alle", welches übrigens selbst als formales Recht vorläufig kaum auf dem Papier besteht, bleibt solange für die übergroße Mehrheit der Gesellschaft leere Phrase, als es nicht vervollständigt wird durch die materielle Gleichheit der Lebensbedingungen. Der übergroßen Mehrheit, das heißt dem Proletariat, erscheint es heute für keineswegs der Gerechtigkeit entsprechend, daß es von dem Ertrage der Produktion mit einem Lohne abgespeist wird, bei dem es beständig darben muß, daß es die Folgen für die Sünden Anderer — bei Krisen 2c. — willenlos tragen soll, daß es zur ewigen Lohnsklaverei verdammt ist. Wenn es daher den Ruf „Gerechtigkeit" erschallen läßt, so versteht es darunter etwas durchaus Anderes als der kapitalistische Ausbeuter, der das Lohnsystem für eine ganz vortreffliche Einrichtung hält.

In der heutigen, von Klassen- und Sonderinteressen durchwühlten Gesellschaft „gleiche Gerechtigkeit für Alle" proklamiren, heißt nichts anderes als allen Sonderinteressen gerecht werden. Wer soll nun aber bei der Verschiedenheit der Interessen entscheiden, was gerecht ist und was nicht? Niemand anders natürlich als der über der Gesellschaft thronende „unpersönliche, unparteiische" Staat. Der Staat ist aber in Wahrheit nichts anderes als die politische Organisation der herrschenden Klassen. Die herrschenden Klassen verkünden durch den Mund des Staates, was gerecht ist, und selbstverständlich halten sie das für gerecht, was ihren Interessen dient. Ihren Interessen kann es unter Umständen sehr dienlich sein, daß selbst mit dem formalen „gleichen Recht für Alle" aufgeräumt werde.

Nach diesen Ausführungen wird es klar sein, warum der klerikalkonservative Herr Cremer das gleiche Recht durch die gleiche Gerechtigkeit ersetzt haben will. Das gleiche Recht ist gewissen Pfaffen und Junkern, die bürgerlichen Schlotjunker eingeschlossen, von jeher ein Dorn im Auge, sie möchten am liebsten die Klassenunterschiede auch rechtlich möglichst scharf festgestellt sehen. Auf diese Art hoffen sie ihre gesellschaftlichen Privilegien verewigen zu können. Es ist die sogenannte historische Rechtsschule, die sich hinter diesem Ruf verbirgt, diese Schule, von der Karl Marx schon 1844 in den „Deutsch-französischen Jahrbüchern" treffend sagte:*)

„Eine Schule, welche die Niederträchtigkeit von heute durch die Niederträchtigkeit von gestern legitimirt, eine Schule, die jeden Schrei des Leibeigenen gegen die Knute für rebellisch erklärt, sofern die Knute eine bejahrte, eine angestammte, eine historische Knute ist. — — — Shylock, aber Shylock der Bediente, schwört sein jedes Pfund Fleisch, welches aus dem Volksherzen geschnitten wird, auf ihren Schein, auf ihren historischen Schein, auf ihren christlich-germanischen Schein." —

„Gleiche Gerechtigkeit für Alle!" Das heißt Aufhebung des Prinzips der Volkssouveränetät, das heißt Wiedereinführung der Standes- und Geburtsprivilegien, das heißt Verewigung der Knechtschaft des nichtbesitzenden Proletariers. Es ist nicht Konservatismus, es ist die krasse Reaktion.

Und es klingt dabei so unschuldig! Gerechtigkeit. Wessen Herz schlägt nicht höher beim Klang dieses Wortes, wer versteht nicht unter ihm den Begriff des edelsten und erhabensten Gutes der Menschheit?

Darum her mit diesem Wort. Eine schöne Phrase, eine vortreffliche Phrase! Mit Speck fängt man Mäuse! Gleiche Gerechtigkeit für Alle! Wer beißt darauf an?

Die klassenbewußten Arbeiter gewiß nicht. Die Arbeiter, Ihr Cremer und Konsorten, sind keine Mäuse, die Ihr mit Euren duftigen Worten zu ködern vermögt. Sie kennen Eure Schliche, wie sie die Schliche Eurer liberalen Gegner kennen. Sie arbeiten unbekümmert um Eure Lockrufe rastlos weiter an dem begonnenen Werke der Volksbefreiung und schauen spottend auf Euren, ach! so geistlosen Kampf um die Phrase.

*) Zur Kritik der Hegel'schen Rechtsphilosophie.

Louise Michel vor Gericht.

Am 35. Jahrestage der furchtbaren Junischlacht, in welcher das hungernde Pariser Proletariat von den Soldaten der Bourgeoisrepublik niedergeschmettert wurde, ist Louise Michel, die unentwegte Vorkämpferin der Befreiung des Proletariats, die schwarze Hofmännin der sozialen Revolution, von Bourgeoisgeschwornen wegen angeblicher Aufforderung zur Plünderung zu sechsjähriger Zuchthausstrafe verurtheilt worden. Wenn es je einen Tendenzprozeß gab, in welchem die Gesinnung getroffen werden sollte und nicht die Handlung, so war es dieser, wenn je ein von Klassenhaß diktirtes Urtheil gesprochen wurde, so ist es hier geschehen.

Was war das Verbrechen, welches Louise Michel begangen?

Als im letzten Frühjahr die Arbeitslosigkeit in Paris immer mehr um sich griff, da forderten mehrere sozialistische und revolutionäre Gruppen zu einer Massendemonstration unter freiem Himmel auf. Die Polizei untersagte die Demonstration, auch die meisten Gewerkschaften waren dagegen, nichtsdestoweniger fanden sich zur festgesetzten Zeit einige tausend Personen auf dem vorgeschlagenen Platze ein, unter ihnen Louise Michel. Polizei und Militär, in Masse aufgeboten, suchten mit gewohnter Brutalität die Demonstranten auseinanderzutreiben, es gab kleine Zusammenstöße, mehrere Personen wurden verhaftet, im Ganzen aber verlief die Demonstration ohne ernstliche Störung der öffentlichen Ordnung. Sie wäre wahrscheinlich ohne jeden Tumult verlaufen, wenn die Polizei durch ihre ungeschickten Maßregeln nicht Stauungen im Publikum verursacht und so ein ruhiges Auseinandergehen der Demonstranten verhindert hätte. Louise Michel, der man eine schwarze Fahne, die Fahne des Hungers, in die Hand gedrückt hatte, ging, begleitet von zwei Fremden, Pouget und Mareuil, nach dem Elysee, hinter ihnen her einige hundert Demonstranten, von denen ein Theil in drei an dem Weg gelegenen Bäckerläden stürmisch Brod verlangte, das theils freiwillig hergegeben, theils aber auch gewaltsam genommen wurde. Der Werth der „geplünderten" Backwaaren belief sich insgesammt auf noch nicht 200 Franken!

Die Anklage lautete nun dahin, daß Louise Michel jedesmal durch Niedersetzen der Fahnenstange das Zeichen zur Plünderung gegeben habe. Wir haben seinerzeit mit unserm Urtheil über die Demonstration nicht hinter dem Berge gehalten, und sind auch heute noch der Ansicht, daß sie höchst ungeschickt organisirt war, wenn von Organisation überhaupt die Rede sein konnte. Wir haben auch keinen Grund, zu verhehlen, daß wir uns oft schon die Frage vorgelegt haben, ob nicht bei ihrer vollständigen Kritiklosigkeit Louise Michel trotz ihrer großen Hingebung für die Sache des Proletariats dieser heute mehr schadet, als nützt, aber alle diese Erwägungen müssen schweigen gegenüber der charaktervollen Haltung der edlen Dulderin vor Gericht. Hier kann es unter Sozialisten nur eine Stimme geben: rückhaltlose Anerkennung.

Wir bedauern lebhaft, nicht den ganzen Prozeß hier wiedergeben zu können, wir wollen indeß doch einige der bemerkenswerthesten Episoden zur Kenntniß unserer Leser bringen.

***

Aus der Zeugenaussage Rochefort's.

Rochefort: — — „Ich darf wohl meinem Erstaunen Ausdruck geben, wie Louise Michel der Plünderung angeklagt werden kann, ich, der ich sie auch auf dem Schiff gesehen, welches uns nach Neu-Kaledonien brachte.

Louise Michel (unterbricht ihn): Nicht doch, ich beschwöre Sie!

Rochefort: Ich bin hier, um die ganze Wahrheit zu sagen.

Louise Michel: Nein, nein, ich bitte Sie dringend.

Präsident: Wollen Sie gefälligst den Zeugen reden lassen.

Rochefort: Wir wurden gleichzeitig deportirt, ihre Zelle war der meinen gegenüber, ich sah sie, wie sie bei 10 Grad Kälte barfüßig auf dem Verdeck lag, weil sie ihre Schuhe und Strümpfe, Alles was sie besaß, verschenkt hatte.

Louise Michel: Ich beschwöre Sie, ich werde Sie nicht mehr rufen lassen; nein, nein, schweigen Sie! — — —

Rochefort: — — Ich war überrascht, sage ich, von der gegen Louise Michel erhobenen Anklage auf Plünderung. In Noumea darbte sie, lief sie ohne Schuhe und Strümpfe herum und gab alles den Unglücklichen.

Louise Michel: Nein, nein, hören Sie auf! Fahren Sie nicht so fort. . . .

Rochefort: In Neu-Kaledonien, wiederhole ich, hatte sie ihre Hütte in ein Hospital verwandelt, in welcher sie alle Unglücklichen und Kranken aufnahm und sie pflegte. Sie wurde von Mosquitos zerbissen, sie schlief auf der Erde, sie gab Alles hin, was sie hatte.

Louise Michel: Ich habe Herrn Rochefort für alles Andere vorladen lassen, als daß er mir Pein verursache. Der Zeuge wird nicht fortfahren, ich bin dessen sicher.

Rochefort: Ich hatte die Pflicht zu reden, ich bin fertig.

„Rochefort's Aussage", schreibt die „Justice", nach der wir zitiren, „machte ungeheuren Eindruck, sie rührte alle Anwesenden; die Stimme der Wahrheit über Louise Michel konnte keinen besseren und aufrichtigeren Ausdruck finden."

***

Aus dem Verhör Louise Michel's.

Präsident: Sie haben also mit der Plünderung dieser beiden Läden nichts zu thun?

Louise Michel: Nichts.

Präsident: Diese Plünderung paßte doch sehr gut zur Inszenesetzung Ihrer Manifestation.

Louise Michel: Wir veranstalten keine Inszenesetzungen, wir haben genug Inszenesetzungen von Elend, von Anfang bis zu Ende des Jahres. — — —

Präsident: Sie behaupten Alles in Allem, mit allen Plünderungsakten vom 9. Mai nichts zu thun zu haben?

Louise Michel: Ja; was würde es mir ausmachen, wenn Unglückliche für die Dauer eines Tages etwas Brod hätten und Tags darauf wieder Mangel litten? Ich habe zur Stürmung der Bäckerläden durchaus nicht ermuthigt. Aber ich würde ganz anders gehandelt haben, wenn ich dieser Menge für immer hätte Brod verschaffen können. In einem solchen Falle hätte ich die Zurückhaltung für verbrecherisch gehalten. — — —

Präsident: Sie behaupten also, daß es eine unverabredete Bewegung war, von Hungerleidern ausgehend. Warum hat diese dann aber die Bäckereien verschont, welchen man auf dem Marsche bis zur Rue Canettes begegnete?

Louise Michel: Aber das beweist gerade, daß keine Verschwörung behufs Plünderung der Bäckerläden bestand.

Präsident: Keineswegs, das würde beweisen, daß man einem Zeichen folgte, als die anderen Bäckereien gestürmt wurden. (Welche Logik!) Uebrigens erfolgten diese Ruhestörungen nur auf Antrieb von Leuten, welche im Interesse ihrer Popularität und ihrer Eitelkeit handelten.

Louise Michel (unterbrechend): Wenn es sich um Popularität gehandelt hätte, so hätte ich mich auf der Tribüne verhaften lassen. Nein, es handelte sich um kein Interesse für mich. Ich ging zur Manifestation, weil es daselbst Verhungernde gab.

Präsident: Sie wurden auf dem Platz Maubert von Pouget und Mareuil unterstützt und konnten sich flüchten?

Louise Michel: Meine Freunde wollten nicht, daß ich mich an jenem Tage verhaften ließe. Ich bedauere, ihnen Gehör geschenkt zu haben. Ein andermal wird es nicht der Fall sein.

Präsident: Sie nennen eine Manifestation friedlich, bei der man drei Bäckerläden plünderte?

Louise Michel: Ich nenne solche Manifestation nicht friedlich, wo die Bourgeoisie wie 1871 35,000 Bürger auf den Straßen von Paris ermordet.

Präsident: Wir können uns auf derartige Erörterungen nicht einlassen. Setzen Sie sich.

***

Aus Louise Michel's Vertheidigung.

„Warum entfalteten wir über der Manifestation die schwarze Fahne? Weil sie die Fahne der Streiks ist, weil sie anzeigt, daß der Arbeiter kein Brod hat.

„Wenn unsere Manifestation nicht hätte friedlich sein sollen, so hätten wir die rothe Fahne genommen, die jetzt auf dem Père-Lachaise befestigt ist, über den Gräbern unserer Todten. Wenn wir sie aufpflanzen werden, so werden wir sie zu vertheidigen wissen. (Bewegung.)

„— — — Ich ziehe es vor, Gautier, Krapotkin und Bernard in den Gefängnissen als in den Ministerien zu sehen. Dort dienen sie der Sache des Sozialismus, während man auf den Höhen vom Schwindel erfaßt wird und Alles vergißt.

„Was mich tröstet, ist, daß ich sehe, wie hoch über Ihnen, hoch über den Gerichtshöfen die Morgenröthe der Freiheit und Gleichheit sich erhebt. (Bewegung.)

„Wir sind heute von Noth und Elend umgeben und wir befinden uns in einer Republik; aber das ist nicht die Republik.

„Die Republik, die wir wollen, das ist die, in der Jeder arbeitet, in der aber Jeder das zu genießen erhält, wessen er zur Befriedigung seiner Bedürfnisse benöthigt; die Republik, welche wir wollen, das ist die, in der man die Blicke fest auf die Zukunft richtet, die keinen Stillstand kennt, kein Aufhalten bei den Ueberresten der Vergangenheit.

„— — — Sie sagen, daß wir eine Revolution machen wollen. Aber die Verhältnisse sind es, welche die Revolutionen machen; die Niederlage von Sedan hat das Kaiserreich gestürzt, und gewisse Verbrechen unserer Regierung werden auch die Revolution zur Folge haben. Das ist sicher. Und vielleicht werden Sie selbst auf Seiten der Entrüsteten sein, wenn Ihr Interesse es erfordert.

„Beherzigen Sie es wohl. Wenn es so viel Anarchisten gibt, so ist es dem Umstand zuzuschreiben, daß so Viele von der traurigen Komödie, welche unsere Regierer uns seit Jahren vorspielen, angeekelt sind.

„— — — Ich widerlege nicht die Anklage wegen Raubes, den ich begonnen haben soll, sie ist zu lächerlich. Aber wenn Sie mich bestrafen wollen, so begehe ich täglich durch Schrift und Rede Verstöße gegen Eure Gesetze. Verfolgt mich also wegen dieser.

„Das Volk hat weder Brod noch Arbeit, und wir sehen nichts herannahen als den Krieg. Wir aber wollen den Völkerfrieden durch den Bund der Völker.

„Das sind die Verbrechen, die wir begangen haben.

„Jeder verfolgt seinen Weg. Wir gehen den unsern und wir denken, daß wenn Freiheit und Gleichheit dereinst auf Erden herrscht, die Menschheit glücklich sein wird." —

Als der Präsident das Urtheil verkündet hatte, setzte er hinzu: „Verurtheilte Louise Michel, Sie haben drei Tage Frist gegen den Entscheid, der Sie verurtheilt, Einspruch zu erheben", und er erhielt die beißende Antwort:

„Nein, mein Herr, Sie haben dem Kaiserreich zu gute Dienste geleistet. Ich werde nichts unterschreiben!"

***

Das ist die Frau, welche der deutschen Bourgeoispresse, die „demokratische" „Frankfurter Zeitung" natürlich eingeschlossen, seit Jahren als Gegenstand aller möglichen Angriffe und faden Witze gilt. Mag sein, daß ihr leidenschaftlicher Eifer sie zuweilen über das Ziel hinausschießen läßt, was sie aber thurmhoch über das Gespött der Gegner, wie über gewisse Revolutionsschreier erhebt, das ist die bei jeder Gelegenheit bewiesene Entschlossenheit, die Folgen ihrer Reden und Handlungen im vollsten Umfange auf sich zu nehmen, die stete Bereitheit, das selbst zu thun, was ihr als nothwendig erscheint.

Und Louise Michel, die Verkörperung der Selbstlosigkeit und Aufopferung, wurde als Diebin zu sechs Jahren Zuchthaus und zehnjähriger strenger Polizeiaufsicht verurtheilt. Das veranlaßt sogar die „Justice", den Richtern zuzurufen: Ihr habt also nicht begriffen, daß Eure Verurtheilung sie heiligt?"

Die „Justice" hat Recht. So weit bei Revolutionären das Wort überhaupt einen Sinn hat, wird uns der Name dieser Frau heilig sein!

Schmach ihren Richtern!

***

Zu noch höherer Strafe als Louise Michel wurde ihr Gesinnungsgenosse Pouget, der eine revolutionäre Brochüre „An die Armee" verbreitet hatte und in dessen Wohnung man Sprengstoffe ꝛc. vorgefunden hatte, verurtheilt: zu acht Jahren Zuchthaus bei zehnjähriger Polizeiaufsicht. Auch Pouget lehnte es ab, zu appelliren. Ein weiterer Angeklagter, Moreau, der einige Exemplare dieser Broschüre „An die Armee" weitergegeben hatte, ward dafür mit einem Jahr Gefängniß und 100 Fr. Geldstrafe bedacht.

So geschehen im dreizehnten Jahre der dritten französischen Republik, drei Wochen vor dem Nationalfeste, dem Jahresfest des glorreichen Bastillesturmes!

Es lebe die Republik!

Festrede

für das Verbandsfest der Krieger-, Reserve- und Landwehrvereine von Westphalen und Rheinland.

(Abgehalten am 16. und 17. Juni 1883 in Bielefeld.)

Kameraden! Brüder!

Wären die Unterdrücker der Nation sich selbst überlassen, ohne Stütze, ohne fremde Hilfe, was vermöchten sie gegen uns?

Hätten sie, um die Nationen in Knechtschaft zu halten, keine andere Helfer, als die, welchen die Knechtschaft nützt, was wäre diese kleine Zahl gegen ganze Völker?

Und dieses ist die „Weisheit Gottes", der die Dinge also geordnet, daß die Menschen immer der Tyrannei widerstehen können; und die Tyrannei wäre unmöglich, verständen nur die Menschen die Weisheit Gottes.

Aber im Herzen Anderes sinnend, eiferten die Beherrscher der Welt gegen die Weisheit Gottes, welche von den Menschen nicht verstanden ward, für die Weisheit des Fürsten der Welt, des Satans. Und Satan, der da ist der König der Unterdrücker der Nationen, gab ihnen, ihre Zwingherrschaft zu schützen, eine teuflische List ein.

Er sagte ihnen: Dieses müßt ihr thun. Nehmet aus jeder Familie die jungen kräftigsten Männer, und gebet ihnen Waffen, und lehrt sie dieselben führen, und sie werden kämpfen für euch, gegen ihre eigenen Brüder und Schwestern, denn ich werde ihnen einreden, daß dieses eine ruhmvolle That sei.

Ich werde ihnen zwei Götzenbilder machen, die da heißen: Ehre und Treue, und ein Gesetz, welches heißt: stummer Gehorsam.

Und sie werden diese Bilder anbeten und blind sich unterwerfen diesem Gesetze, denn ich werde ihren Geist verführen und ihr werdet nichts mehr zu fürchten haben.

Und die Unterdrücker der Nationen thaten, was Satan ihnen gesagt hatte, und auch Satan erfüllte, was er den Unterdrückern der Nationen verheißen hatte.

Und man sah die Kinder des Volkes den Arm erheben wider das Volk! Sah sie ihre Brüder erwürgen, ihre Väter in Ketten werfen, und selbst den Leib nicht verschonen, der sie getragen.

Und sagt man ihnen: bei Allem, was heilig ist, bedenkt die Ungerechtigkeit, die Unmenschlichkeit dessen, was man euch befiehlt, so antworten sie: „Wir denken nicht, wir gehorchen!" Und sagt man ihnen: Ist denn in euch kein Funke von Liebe für eure Väter, eure Mütter, eure Brüder und eure Schwestern, welche nach Brod und Freiheit lechzen?

Sie antworten: „Wir lieben nicht, wir gehorchen!"

Und verweist man sie selbst auf die Religion, in der sie erzogen wurden, richtet man ihre Augen auf die Altäre Gottes, der den Menschen geschaffen, und des Heilands, der da spricht: Du sollst nicht tödten, sondern deinen Nächsten lieben, so rufen sie aus: Das sind die Götter des Volkes — unsere Götter aber sind die Götter seiner Zwingherrn: Treue und Ehre!

Ich sage es hier in Wahrheit: seit der Verführung des ersten Weibes durch die Schlange gab es keine schrecklichere Verführung als diese da.

Aber sie naht ihrem Ende. Wenn der böse Geist gute Seelen verlockt, so ist dies nur für kurze Zeit, sie liegen wie in einem gräßlichen Traume befangen und beim Erwachen jauchzen sie hell auf, von dieser Folter befreit zu sein. Noch wenige Tage, und die, so für die Unterdrücker fochten, fechten für die Unterdrückten, die, welche dafür kämpften, ihre Väter, Mütter, Brüder und Schwestern in den Fesseln zu halten, werden kämpfen, sie zu befreien.

Und Satan wird in seinen Abgrund fliehen und mit ihm werden fliehen, die Zwingherren der Völker.

Dann wird man aller Orten fragen:

Junger Soldat, wohin ziehst du?

Und er wird antworten und sagen: Ich ziehe in den Kampf für die Gerechtigkeit, für die heilige Sache der Völker, für die geheiligten Rechte des Menschengeschlechts. Gesegnet seien deine Waffen, junger Soldat!

Junger Soldat, wohin ziehst du?

Ich ziehe in den Kampf, meine Brüder von der Unterdrückung zu befreien, ihre Ketten zu brechen und die Ketten der Welt. Gesegnet seien deine Waffen!

Junger Soldat, wohin ziehst du?

Ich ziehe in den Kampf gegen die Ungerechten, und für die, welche jene niederwerfen und mit Füßen treten, gegen die Herren und für die Sklaven; gegen die Tyrannen und für die Freiheit. Gesegnet seien deine Waffen, junger Soldat!

Junger Soldat, wohin ziehst du?

Ich ziehe in den Kampf, aufzurichten die gekrümmten Nacken und zu erheben die Knie, die sich beugen. Gesegnet seien deine Waffen, junger Soldat.

Junger Soldat, wohin ziehst du?

Ich ziehe in den Kampf, damit die Väter nicht mehr den Tag verfluchen, wo man ihnen sagte: Ein Sohn ist euch geboren worden, noch die Mütter den Tag, wo sie ihn zum ersten Male an die Brust gedrückt. Gesegnet seien deine Waffen!

Junger Soldat, wohin ziehst du?

Ich ziehe in den Kampf, damit der Bruder nicht mehr traure, wenn er seine Schwester dahin welken sieht, wie die Blume, der die Erde die Nahrung versagt; damit die Schwester nicht mehr unter Thränen den Bruder anschauen möge, der dahin zieht und nimmer wiederkehrt. Gesegnet seien deine Waffen, junger Soldat!

Junger Soldat, wohin ziehst du?

Ich ziehe in den Kampf, auf daß ein Jeder in Frieden die Frucht seiner Arbeit genieße; ich ziehe aus, zu trocknen die Thränen der Kleinen, die Brod verlangen, denen die Väter und Mütter antworten müssen: Wir haben kein Brod mehr; was übrig war, hat man uns genommen. Gesegnet seien deine Waffen, junger Soldat!

Junger Soldat, wohin ziehst du?

Ich ziehe in den Kampf für den Armen, daß er seines Antheils nicht auf immer beraubt sei am allgemeinen Genusse. Gesegnet seien deine Waffen, junger Soldat.

Junger Soldat, wohin ziehst du?

Ich ziehe in den Kampf, den Hunger zu vertreiben aus den Hütten, zurückzuführen den Ueberfluß, die Sicherheit und die Freude in die Familien! Gesegnet seien deine Waffen, junger Soldat!

Junger Soldat, wohin ziehst du?

Ich ziehe in den Kampf, denen, welche die Unterdrücker in die Tiefe der Kerker geworfen, die Luft wieder zu geben, die ihrer Brust entzogen

---

Feuilleton.

Heiteres aus ernster Zeit.

Wie Albert von Sachsen Exprolektor seiner in Elberfeld wohnhaften Landeskinder wurde.

Motto: Wir Sachsen sind gemüthlich!

Schon längst wäre es an der Zeit gewesen, über die Vorkommnisse in dem hier bestehenden Verein „Vereinigte Sachsen" im Parteiorgan zu berichten, nachdem fast jedes Preßorgan in Deutschland und weit darüber hinaus über den betreffenden Verein Artikel gebracht, und zwar meist entstellte oder direkt verleumderische. Jedoch unterließen wir es, im Parteiorgan darüber zu referiren, um nicht dadurch den schon damals von allen reaktionären Elementen angefeindeten Verein zu schädigen. Heute aber, nachdem dieser ehemals patriotische Verein dem Sozialistengesetz zum Opfer gefallen ist, halten wir es für unsere Pflicht, das Versäumte nachzuholen.

Der hiesige in Loyalitäts- und Nationalitäts-Duselei arbeitende Sachsenverein hat seit seiner Gründung, die vor 7 oder 8 Jahren erfolgte, den Spott der hiesigen Bevölkerung herausgefordert, denn etwas Vernünftiges konnte man selten von ihm zu hören bekommen. Die Vereinsthätigkeit bestand hauptsächlich in patriotischen Umzügen bei Sedanfesten, kaiserlichen und königlichen Geburtstagen ꝛc., wo die „vereinigten Sachsen" dann gewöhnlich einige Mann stark, schweifwedelnd mit der Fahne einherrosteten und überglücklich waren, wenn sie einmal den Mund zu einem Hoch auf Albert oder Wilhelm aufreißen durften — während mancher von ihnen vor Hunger den Mund nicht weit genug aufbringen konnte. Auch arrangirte der Verein Festessen, Bratwurstschmäuse ꝛc., wobei auch der zu den gebührenden Hochs nöthige Wein nicht fehlen durfte. An's Bezahlen wurde in der Regel am Wenigsten gedacht, denn es erzählt heute noch ein Wirth Jedem, der es hören will, daß er von diesen Musterpatrioten noch für so und so viel Flaschen Wein die Bezahlung zu fordern habe.

Dieser Verein nun, oder besser gesagt, diese Sippschaft hatte „Seine Majestät" den König von Sachsen zum Protektor und ein halbes Dutzend andere gekrönte Häupter zu Ehrenmitgliedern, worauf sie nicht wenig stolz war. Aber auch Albert konnte darauf stolz sein, über eine derartige Gesellschaft von Landsleuten Protektor zu sein. Doch wie es im Homer heißt: „Einst wird kommen der Tag, da das heilige Ilion hinsinkt", so nahte auch der Tag, da diese Herrlichkeit eine Ende nehmen sollte.

Die freisinnig denkenden Sachsen in Elberfeld hatten nämlich des grausamen Spiels genug und begannen daher, sich nach und nach in den Verein als Mitglieder aufnehmen zu lassen, um alsdann der Schandwirthschaft desselben ein gründliches Ende zu machen, was ihnen auch vollständig gelang. Die patriotischen Hanswurste hatten natürlich keine Ahnung von dem, was da kommen sollte, sie freuten sich vielmehr, daß der Verein auf einmal so erfreulich an Mitgliedern zunahm. Doch die Freude währte nicht lange, unsere Genossen waren bald so stark im Vereine vertreten, daß sie die Majorität hatten. Der erste Sieg wurde bei der Vorstandswahl erzielt, der alte königstreue Vorstand ward gestürzt, und an seiner Statt wurden Leute gewählt, die von ihm selbst als Sozialdemokraten bezeichnet worden waren. Das war der Anfang vom Ende. Jetzt entbrannte heftig der Kampf, jetzt spürten sie erst, was im Werke war, aber nun traten auch noch Diejenigen in den Verein ein, welche erst hatten zurückbleiben müssen, damit die Sache nicht zu auffällig wurde. Ein frisches, fröhliches Leben entwickelte sich in dem Verein, unsere Genossen gingen gehörig wider die königstrommen Sachsen in's Feuer, von einer Versammlung zur anderen wurden die Debatten immer stürmischer und interessanter. Alles freute sich, daß diesen alten Spießern einmal gründlich heimgeleuchtet wurde, und die armen königstreuen Sächser sahen sehr bald ein, daß sie immer mehr anwachsenden Opposition nicht mehr gewachsen waren. Sie steckten sich jetzt hinter die Polizei und legten sich auf's Denunziren. Sie zeigten Genossen wegen ihres Auftretens an, beschuldigten sie der Flugblätter-Verbreitung ꝛc. Doch auch die hohe Polizei konnte nichts machen, es war ihr rein unmöglich, den neuen Mitgliedern irgend welche „Verbrechen" nachzuweisen.

So hatten denn auch hiemit diese Auch-Sachsen kein Glück und es blieb ihnen kein anderer Weg offen, als nach einer „gemüthlichen Debatte", wo ihnen ihre Gemeinheiten gegen ihre eigenen Landsleute noch einmal so gehörig vorgehalten waren, daß sie vor Wuth und Groll nicht mehr auf ihrem Stuhl zu sitzen vermochten, sich zu beeilen, daß sie zum Tempel hinauskamen; sie erklärten also feierlich ihren Austritt, was von den anderen Mitgliedern mit brausendem Bravo begrüßt wurde.

Selbstverständlich war nun auf Seiten der Besiegten große Trauer über die Zerstörung ihres patriotischen Vereins. Erklärten doch diese trauernden Gestalten selbst in den hiesigen Blättern, daß sie als nationalgesinnte Minorität der sozialistischen Majorität hätten weichen müssen. Der Verein hatte neben seinen lebendigen Möbeln (König von Sachsen und sonstige Fürsten) auch eine mit den sächsischen Landesfarben ausgestattete Fahne, welche die königstreue Sippschaft schon vor ihrem Austritt mit Hilfe des Lokalwirthes gestohlen hatte, damit sie dem ihr prophezeiten Schicksal nicht zum Opfer fiele; denn einige Mitglieder hatten sich vorgenommen, diese Fahne roth färben zu lassen, was auch so geschehen wäre, wenn sie nicht noch ein ganz anderes Schicksal gehabt hätte.

Es war nun eine wahre Lust, die gereizten Philister an der Arbeit zu sehen, wie sie alles Mögliche anstellten, um dem aus lauter Sozialdemokraten bestehenden Verein einen Streich zu spielen. Doch sie konnten thun und machen, was sie wollten, anstatt bei unseren im Verein befindlichen Genossen Aergerniß zu erregen, mußten sie immer die Erfahrung machen, daß sie gerade das Gegentheil bewirkten. So dachten sie nun ganz bestimmt, dem Vereine dadurch Eins zu versetzen, daß sie den lieben König von Sachsen unterthänigst baten, sein Protektorat über den Verein niederzulegen, da die nationalgesinnten Lumpen, Zechpreller, Bankerotteure u. s. w. nicht mehr dabei wären und es doch der Würde Sr. Majestät nicht entspreche, über ordentliche und rechtschaffene Menschen, die sich mit ihrer Hände Arbeit ihr Brod erwerben müßten und keine Schwindler, Hallunken und Leutebetrüger seien, wie wir königstreuen, vor lauter Patriotismus ersterbenden Gestalten, noch ferner Protektor zu sein. Und unser Albert entsprach selbstredend dem Wunsche dieser Speichellecker, indem er das Protektorat niederlegte. Anstatt daß nun aber, wie sich die alten Spießer vorstellten, die Ablehnung des Königs von Sachsen auf betreffender Seite großes Aergerniß erregte, war da vielmehr allgemein Freude und Jubel, denn unsere Genossen waren durchaus nicht geneigt, unter königlichem Protektorat zu wirken, und hätte Albert nicht niedergelegt, so wäre ihm höchst wahrscheinlich von gewisser Seite selbst das Anerbieten gemacht worden, sein Protektorat zurückzuziehen. Wir glauben auch ganz bestimmt, daß Albertchen so etwas geahnt hat, denn um diese Schmach nicht zu erleben, machte er so schnell als möglich, daß er niederlegte und mit ihm einige Fürsten — zwei solcher sogenannten Fürsten, deren Namen mir entfallen, sind jedoch mit vom Sozialistengesetz betroffen worden. Wohl bekomm's ihnen!

Es werden sich nun diese Genossen, die oder die Vorgänge im hiesigen Sachsenverein gehört und gelesen, gewundert haben, daß der Verein Bebel zum Protektor wählte. Dieses geschah aus dem ganz einfachen Grunde, um damit den alten, denunzirenden Mitgliedern sowie der ganzen königstreuen Sippschaft zu beweisen, daß die Ablehnung des Königs von Sachsen sehr willkommen war und gleichzeitig den schroffen Gegensatz der Vereinsbestrebungen von sonst und jetzt der Oeffentlichkeit gegenüber zu bekunden. Hielt König Albert sich nicht für würdig, dem Verein in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung anzugehören, so hielten die Mitglieder es schon längst nicht mehr würdig, ihn als solchen zu betrachten. Dieses bekräftigte der Verein dadurch, daß er am gleichen Abend, als der sächsische König niederlegte, den Genossen Bebel einstimmig zum Protektor wählte. Wollt Ihr so, dann machen wir es so! Früher König von Sachsen, jetzt August Bebel — konnte es einen schärferen Kontrast geben? Sicherlich nicht!

Unsere Genossen waren sich bei der Wahl auch darin einig, daß Bebel sicherlich ablehnen würde. Jedoch wurde die Frage ganz außer Acht gelassen, ob er annehme oder nicht, es handelte sich um eine Demonstration, und damit war der Zweck erreicht. Genosse Bebel lehnte auch unter richtiger Erwägung der Verhältnisse dankend ab. Nach der Wahl Bebel's ging nun der Skandal auf's Neue los, alle reaktionären Blätter brachten hierüber Berichte, man beschuldigte den Verein aller nur denkbaren Schlechtigkeiten, man posaunte aus, die bösen Vereinsmitglieder (natürlich Sozialdemokraten) hätten das Vereinsvermögen verfressen, als ob die Maulaffen sich vorstellten, die Mitglieder würden das Geld hinlegen, bis die hohe Obrigkeit käme und es konfiszire! Ne Männecken, soa nit, aber verfressen ist es auch nicht; das ist noch zu ganz anderen Zwecken verwendet worden!

Man war sich nun allgemein darüber klar, daß die polizeiliche Auflösung erfolgen würde, denn sofort nach der Wahl Bebel's zum Protektor wurde dieselbe vom Polizeiinspektor Hahne zu Protokoll genommen, sowie Haussuchung im Vereinslokal vorgenommen. Jede Vereinssitzung wurde von einem Kommissar oder Wachtmeister überwacht ꝛc., aber Alles vergebens, denn es ging doch Alles seinen Gang, bis vor einigen Tagen die Auflösung wie ein Blitz aus heiterem Himmel herniederfuhr.

Der Interessantheit wegen lassen wir dieses Schriftstück hier folgen:

„Dieses Verbot gründet sich darauf, daß durch die stattgehabte Aufnahme notorischer sozialdemokratischer Agitatoren unter die Mitglieder und Leiter des Vereins, durch die Wahl des Reichstagsabgeordneten Bebel zum Protektor desselben, und namentlich

ist, und das Licht, das ihre Augen suchen! Gesegnet seien deine Waffen, junger Soldat!

Junger Soldat, wohin ziehst du?

Ich ziehe in den Kampf, die Schranken niederzuwerfen, welche die Völker trennen und sie verhindern, sich zu umarmen wie die Söhne Eines Geschlechts, bestimmt, vereint zu leben in Einer Liebe. Gesegnet seien deine Waffen, junger Soldat!

Junger Soldat, wohin ziehst du?

Ich ziehe in den Kampf, zu befreien von der Zwingherrschaft der Menschen den Gedanken, das Wort, das Gewissen! Gesegnet seien deine Waffen, junger Soldat!

Junger Soldat, wohin ziehst du?

Ich ziehe in den Kampf für die ewigen Naturgesetze, für die Gerechtigkeit, die das Recht beschützt, für die Liebe, welche unvermeidliche Uebel mildert! Gesegnet seien deine Waffen, junger Soldat!

Junger Soldat, wohin ziehst du?

Ich ziehe in den Kampf für die Wissenschaft wider die Herrschaft der Unwissenheit, wider die Herrschaft des Aberglaubens. Denn die Wissenschaft ist der einzige Gott und die Erkenntniß ist der Heiland der Welt, der die Menschen erlöst von der Macht des Satans Unwissenheit. Nieder mit der Herrschaft tausendjähriger Lüge und Wahns! Wer da blindlings glaubt, ist Knecht, wer da weiß und denkt, ist frei! Gesegnet seien deine Waffen, junger Soldat!

Junger Soldat, wohin ziehst du?

Ich ziehe in den Kampf für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit! In den Kampf für das wahre Gemeinwohl Aller!

Gesegnet seien deine Waffen, junger Soldat!

Ein Veteran der Arbeit.

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 27. Juni 1883.

— Die Wissenschaft muß umkehren!" Das berüchtigte Wort der „rothen" Mantenffel'schen Reaktion ist im „neuen deutschen Reiche" Bismarck'schen Fabrikats zum offiziellen Programm erhoben worden. Vorläufig blos für Preußen, indeß der Rest wird schon bald nachfolgen, theils gutwillig, theils sanfter Gewalt nachgebend. Der preußische Kultusminister, Herr Goßler, hat nämlich soeben in seiner Eigenschaft als Unterrichtsminister (schon bezeichnend diese Zusammenkoppelung zweier unvereinbarer Gegensätze: Kultus, d. h. Negation der Wissenschaft, und Unterricht, d. h. Pflege und Verbreitung der Wissenschaft!) hinsichtlich des naturwissenschaftlichen Unterrichts an den höheren Schulen die Bestimmung erlassen:

„Die Vermittlung der Bekanntschaft (!!) mit den neuen Hypothesen von Darwin u. s. w. gehört nicht zu den Aufgaben der Schulen, und ist darum vom Unterricht fern zu halten."

Mit anderen Worten: Die moderne Naturwissenschaft (denn das ist der richtige Namen für die Goßler'schen „Hypothesen von Darwin") gehört nicht zu den Aufgaben der Schulen und soll der heranwachsenden Jugend ein mit sieben Siegeln verschlossenes Buch sein und bleiben. Wir wüßten nicht, daß jemals ein frecheres Attentat auf die Wissenschaft verübt worden wäre — sei es von einer weltlichen, sei es von einer geistlichen Regierung. Oder hat etwa der Papst in seiner Encyclika und seinem Syllabus sich ärger an dem heiligen Geiste der Wissenschaft versündigt. Trotzdem werden die liberalen Gesinnungsphilister fortfahren zu behaupten, der preußische Pickelhaubenstaat vertrete in seinen Spiegelfechtereien, alias dem „Kulturkampf" mit der römisch-katholischen Kirche, die moderne Wissenschaft.

Apropos, das Wort „Kulturkampf" erinnert uns an dessen Urheber, den großen Fortschritts-Wissenschaftler oder Wissenschafts-Fortschrittler Virchow, der seiner Zeit den Darwinismus genau ebenso beurtheilte, wie jetzt der preußische Kultus- und Unterrichtsminister; gleich ihm von unerwiesenen „Hypothesen" sprach, und auch für die Fernhaltung dieser „Hypothesen" aus der Schule plaidirte. Der große fortschrittliche Wissenschaftsheld ist also diesmal ein wirklicher Fortschrittsmann gewesen, indem er einige Jahre vor dem preußischen Kultusminister schon zu der Erkenntniß gelangt war, welche diesen zu seinem jüngsten Erlasse begeistert hat.

Nicht blos das Programm der „rothen" Mantenffel'schen Reaktion ist durch Herrn von Goßler verwirklicht worden, sondern auch das Programm des Herrn Virchow. Herr Virchow mag sich zu seinem Erfolg Glück wünschen!

Wir sind übrigens weit entfernt, das Goßler'sche Attentat auf die Wissenschaft auffallend, oder gar unlogisch zu finden. Herr von Goßler hat ganz recht: die Wissenschaft „gehört nicht zu den Aufgaben der Schule" — die Wissenschaft befreit, und die Schule der Herren Goßler und Konsorten soll Bedienten, soll Sklaven erziehen. Erziehen? Nein! Dressiren ist der einzig passende Ausdruck.

— Der Gott der Frommen. Im „christlich-sozialen Korrespondenzblatt" finden wir in einem gegen die Genußsucht unserer Zeit gerichteten Artikel über den Mordfall Sobbe-Kossäth folgenden schönen Satz:

„Ernst Sobbe ist ähnlicher Weise zum Mörder geworden und hat sein Verbrechen mit dem eigenen Leben bezahlt; er ist reumüthig gestorben und Gott wird ihm, das hoffen wir, gnädig sein; uns Menschen steht ein weiteres Gericht über ihn nicht zu, uns ziemt es vielmehr angesichts solch tieftrauriger Vorkommnisse an die eigene Brust zu fassen, heilsame Lehren und ernste Entschlüsse für unser eigenes ferneres Leben daraus zu ziehen. Wir schließen mit den Worten des Hofpredigers Stöcker bei Gelegenheit seines ergreifenden Vortrags über den Prozeß Conrad: Wenn ein solcher Prozeß wie ein Ungewitter dahin und wie ein Blitz in die Gewissen fährt und sie erschüttert, dann kann er auch sein Gutes haben: Gott will die schlafenden Gewissen wecken, daß sie zur Erkenntniß der Schäden unserer Zeit und zum Heilswege gelangen!"

Also um die schlafenden Gewissen zu wecken, veranlaßt der Gott des Herrn Stöcker einen brutalen Mord, läßt er einen armen Familienvater wie den Briefträger Kossäth hinmorden! Nicht Sobbe ist der Mörder, sondern der Gott des Herrn Stöcker, und ein Mörder aus reinem Uebermuth, denn ihm, der doch allmächtig sein soll, stehen ja tausend andere Mittel zur Verfügung, „die Gewissen zu wecken". Welch' ein ungerechter und niederträchtiger Gott!

Wenn wir zu den Gläubigen gehörten, wir würden mit Entrüstung gegen den Stöcker'schen Erguß protestiren — er enthält die denkbar größte — Gotteslästerung.

— Der „Kleine" über Leipzig verlängert! Unser Leipziger Korrespondent schreibt uns unterm 25. Juni: Da das Suchen nach Gründen zur Verlängerung des „Kleinen" sich frucht- und hoffnungslos erwies, haben unsere „zuständigen Behörden" das gethan, was sie auch ohne das Suchen hätten thun können; sie haben den „Kleinen" verlängert. Oder vom Bundesrath verlängern lassen. Es läuft ja auf Eins hinaus, denn die Zustimmung des Bundesrathes stand von vornherein fest, und, wie bei früheren Gelegenheiten, bestanden die betreffenden „Verhandlungen" jener ehrsamen, den deutschen Bundestag seligen Andenkens durch Servilität, Reaktionseifer und Impotenz in Schatten stellenden Gesellschaft, in einfachem Jasagen oder Kopfnicken. Der schriftliche Antrag wurde von Herrn Nostitz-Wallwitz, unserm biedern Minister des Innern, persönlich eingebracht, — der gute Mann hatte sich zur Erfüllung dieser patriotischen und staatsmännischen Pflicht extra nach Berlin begeben — und mit wenigen, bei der Aufregung des Redners halb unverständlichen Worten „motivirt". Der biedere Gesellschaftsretter und Apostel des praktischen Christenthums hat nämlich das „rothe Gespenst" und den Dynamit-Teufel so oft an die Wand gemalt, daß er schließlich selber daran zu glauben beginnt und sich vor Angst nicht mehr zu helfen weiß. Seine Nervosität hat ihn zu allerhand Aeußerungen veranlaßt, welche das von den loyal-partikularistischen „Dresdener Nachrichten" kolportirte, seitdem aber offiziös, jedoch sehr schwächlich dementirte Gerücht, er wolle seine Demission einreichen, erzeugt haben. Zu der Nervosität des hohen Herrn hat wohl auch der fatale Umstand beigetragen, daß der sächsische Landtag jetzt bald zusammentritt (in etwa drei Monaten), und dann vor den Vertretern der Sozialdemokratie, Auge in Auge, Rechenschaft abgelegt werden muß. Wie man sich erinnern wird, ist Herr von Nostitz-Wallwitz im Reichstag allen unbequemen Kollisionen mit den bösen Sozialdemokraten sorgfältig aus dem Wege gegangen. Bei Gelegenheit der Belagerungszustands-Debatte griff er zu der billigen Ausrede, er diskutire nicht mit Revolutionären; bei der Debatte über den Antrag auf Abschaffung sämmtlicher Ausnahmegesetze glänzte er durch Abwesenheit; und bei den Debatten über die sächsischen Wahlskandale schickte er erst seinen unglücklichen Vetter (gleichen Namens) ins Feuer, und ließ, als dieser die Kourage verlor, die so schwer angeklagte sächsische Regierung zuletzt ganz ohne Vertheidigung. Nun — in dem Landtage wird er mit den „Revolutionären" doch diskutiren müssen; und es sei ihm hiermit im Voraus ein ehrliches Prosit Mahlzeit! zugerufen.

Sie thut keine Wunder. — Sie thut Wunder. — Sie thut keine Wunder. Ich meine die Polizei. Sie hat mich wirklich in Verlegenheit gebracht, und ich stehe fast da wie Gretchen mit der Gänseblume. Sie thut keine Wunder, sagte ich in meinem vorigen Brief; und heut muß ich weiter zählen: Sie thut Wunder! Das Unerwartete, das Wunderbare ist geschehen — der, zur Strafe dafür, daß er unschuldig war, ausgewiesene „Geschäftsmann" hat die Erlaubniß zur Rückkehr nach Leipzig erhalten. Die Herren von der Polizei sagten sich offenbar, da es mit den „Gründen" doch nichts sei, und der Bundesrath den „Kleinen" auch ohne Gründe kulant verlängern werde (die Rückkehr wurde schon vor dem 21. erlaubt), könne sie zur Abwechslung einmal anständig sein, sintemalen das Geschäft dadurch nicht geschädigt wird. Immerhin muß dieses Polizeiwunder in den Kalender geschrieben werden. Aber schnell! denn nächste Woche hat das Wunder vielleicht wieder aufgehört.

— „Armuth ist keine Schande", heißt es zwar im Sprichwort, im Leben aber ist Armuth mehr als eine Schande, sie ist ein Verbrechen. Gleich dem Verbrecher erklärt die heutige Gesellschaft den Armen, und wenn er noch so fleißig ist, für politisch rechtlos, für einen Staatsbürger zweiter Klasse. Aus Meerane bringt die „Münchener Gerichtszeitung" folgenden Bericht, der als ein Brandmal unserer Zeit verewigt zu werden verdient:

— — „Herr Bürgermeister Beutler soll nun zwar geäußert haben, angesichts der konstatirten niedrigen Lohnsätze in der Fabrik des Herrn Kommerzienrath Ostwalt, daß es ein wahres Wunder sei, wenn dabei diese Arbeiter pünktlich ihre Steuern zahlten, aber doch sind seit dem Tage, da diese Aeußerung geschehen sein könnte, armen Vätern zahlreicher Familien wieder mehrfach Mahnungen durch die Schutzmannschaft zugestellt worden, nachstehenden Inhaltes:

„An den Weber N. N. hier

Nachdem die bei Ihnen wegen rückständigen Schulgeldes pro 1882/83 vorgenommene Zwangsvollstreckung erfolglos gewesen ist, hat der unterzeichnete Stadtrath beschlossen, Sie der Armenordnung zu unterstellen, und werden Sie daher in Gemäßheit von § 61—70 der Armenordnung vom 22. Oktober 1840 solange als Almosenempfänger behandelt, als Sie das restirende Schulgeld nicht bezahlt haben. Infolge dessen wird Ihnen insbesondere der mit Aufwand verbundene Besuch öffentlicher Vergnügungsorte, worunter Restaurationen und Schankwirthschaften sonstiger Art zu rechnen sind, hiermit untersagt und haben Sie, wenn Sie in vorgedachten Lokalen betroffen werden, Wegweisung durch die Polizeimannschaft und eventuell Haftstrafe bis zu 14 Tagen zu gewärtigen, während Sie überdies von den bürgerlichen und Gemeindeehrenrechten, sowie von der Stimmberechtigung bei Wahlen ausgeschlossen sind und der Aufsicht der Armenbehörde unterstehen. Gleichzeitig sei bemerkt, daß die Schutzmannschaft zur Ausführung dieser Maßregel mit entsprechender Anweisung versehen worden ist.

Meerane, am 4. Juni 1883.

Der Stadtrath Dr. Körner."

Ein Schurke, der Tausende von Familien ins Elend gestürzt hat, wird nicht schimpflicher behandelt als diese fleißigen Schöpfer aller Werthe, deren einziges Verbrechen darin besteht, arm zu sein.

Aller Wahlrechte beraubt! Und Ihr verlangt von ihnen, daß sie von der Gesetzgebung Erfüllung ihrer Bestrebungen erwarten sollen? O, Ihr schamlosen Heuchler!

— Ein staatsgefährlicher Vortrag. Vergangene Woche sollte Genosse Liebknecht in Halberstadt auf Einladung des dortigen Vereins für Volksbildung einen „unpolitischen" Vortrag halten, und zwar über Hygiene, d. h. Gesundheitslehre. Wohlan, dieser Vortrag wurde von der Polizei verboten, und den Vorstehern jenes Vereins gesagt, die Vereinsversammlung würde, falls Liebknecht in derselben das Wort ergreife, sofort aufgelöst werden. Auf Befragen wurde mitgetheilt, es sei eine Regierungsverordnung eingelaufen, welche bestimme, daß Vorträge sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneten, gleichviel über welches Thema, nicht zu gestatten seien. Hiermit steht es freilich nicht recht im Einklang, daß zwei Reichstagsabgeordnete vor wenigen Wochen in demselben Verein unbeanstandet Vorträge gehalten haben, indeß darf man von der preußischen Polizei gewiß Alles, nur keine Logik erwarten. Jedenfalls hat dieses Verbot eines Vortrags über Gesundheitslehre eine kulturhistorische Bedeutung. Es erinnert an jenes berühmte Dekret der spanischen Inquisition, welches den Versuch, durch Beseitigung des Schmutzes, und andere hygienische Maßregeln den Epidemien zu steuern und den öffentlichen Gesundheitszustand zu heben, für gottlos und gotteslästerlich erklärte — denn der Mensch greife durch solches Beginnen in das Amt des allmächtigen und allweisen Herrgotts ein, der selber Alles zum Besten lenke. Wer den Schmutz nicht als Theil der göttlichen Weltordnung verehrte und konservirte, wurde kraft dieses Dekrets vor das Inquisitionsgericht gestellt und zu langen Kerkerstrafen, mitunter zum Feuertod verdammt. Einen Gotteslästerer verbrennen, war nämlich kein Eingriff in die Befugnisse Gottes, obwohl dieser in seiner Allmacht das Verbrennen sehr wohl selber besorgen konnte, falls er Lust dazu hatte.

Die preußische Regierung verbrennt nun zwar nicht den Frevler, der sich unterfängt, durch Anwendung der Wissenschaft auf die Körperpflege dem lieben Gott in's Handwerk pfuschen zu wollen, aber sie verschließt ihm gewaltsam den Mund. Und sie hat von ihrem Standpunkt aus Recht: in einem gesunden Körper wohnt bekanntlich, wie das die alten Lateiner schon wußten, ein gesunder Geist, und Menschen mit gesundem Geist kann der Polizei-, Militär- und Junkerstaat nicht brauchen. Sie würden ihm rasch den Garaus machen. Er befindet sich also der Gesundheitslehre gegenüber im Stande der Nothwehr, und folgt, indem er einen Vortrag über Hygiene verbietet, nur dem Selbsterhaltungstriebe.

— Der Adel im Militär. Man schreibt uns: Vor einiger Zeit erschien im Buchhandel eine Broschüre, betitelt „Kontra Richter und Genossen", welche die im deutschen Reichstag erfolgten Angriffe wider die deutsche Heeresverwaltung zu widerlegen suchte. In dieser Schrift hieß es unter Anderem, daß der Adel in der Armee keine Vortheile genieße und den unadeligen Offizieren dieselben Avancements-Aussichten zu Theil würden wie seinen adligen Kameraden.

Interessant dürfte daher dem Leser eine auf Grund der „Rang- und Quartierliste der preußischen Armee pro 1883" angestellte Statistik sein, welche die Verhältnisse von adligen und nichtadligen Offizieren in den verschiedenen Chargen beleuchtet, und gleichzeitig den aristokratischen Broschürenmacher Lügen straft.

Die preußischen Infanterie-Regimenter und Jäger-Bataillone zählen 6491 aktive Hauptleute und Lieutenants; von diesen sind 3148 adlig und 3343 nicht von Adel. Hier überwiegt das unadlige Element das adlige *), doch bald gestaltet es sich anders.

Von 648 Majors der Infanterie sind 377 adlig, 271 unadlig.

Von 171 Oberstlieutenants der Infanterie sind 105 adlig und 66 unadlig.

Von 174 Obersten von der Infanterie sind 129 adlig und 45 unadlig.

Von 127 Generalmajoren (aller Waffen) sind 80 adlig und 4 unadlig.

Von 25 Generalen der Infanterie resp. der Kavallerie sind alle von Adel.

Ein adliger Offizier hat also 20mal so viel Chance Divisionskommandeur, nämlich General-Lieutenant zu werden, als die unadligen Offiziere. Thatsachen, die nur in der preußischen Armee, oder besser gesagt, bei der Leibwache des Königs von Preußen möglich sind."

Den Söhnen des Proletariats ist diese Karriere bekanntlich überhaupt verschlossen, sie bringen es im günstigsten Falle bis zum Feldwebel mit Zivilversorgung als Bahnhofsportier. Sei's drum, so tragen sie sich wenigstens nicht mit Illusionen vom „Marschallsstab im Tornister".

— Zur Lohnbewegung in Deutschland. Ueber den Nürnberger Schreinerstreik schreibt man uns: Unsere Forderung ist: 10stündige Arbeitszeit, 20 Proz. Lohnerhöhung, Abschaffung der Sonntagsarbeit und der Ueberstunden. Einige Prinzipale haben bereits bewilligt, andere bieten 10 Proz. Lohnerhöhung, die Mehrzahl aber will von gar nichts wissen. Die Haltung der Kollegen ist eine entschlossene, doch mangelt es leider sehr an Geld zur Unterstützung der Feiernden. **Unterstützung ist daher dringend erwünscht und Zuzug unbedingt fernzuhalten.** Sendungen 2c. sind an A. Schubert, Krüh'sche Wirthschaft, Schlotfegergasse 14 in Nürnberg, zu richten.

Aus Großenhain (Sachsen) wird berichtet, daß die dortige Lohnbewegung der Weber und Weberinnen mit Durchsetzung einer siebenprozentigen Lohnerhöhung ihren vorläufigen Abschluß erreicht hat. — In Chemnitz ist der Streik der Arbeiter der Aktienspinnerei (fast ausschließlich weibliche Arbeiter!) leider zu Ungunsten der Streikenden entschieden. Ein Theil derselben hatte sich durch kleinere Konzessionen verleiten lassen, die Arbeit wieder aufzunehmen, und führten dadurch die Niederlage der Gesammtheit herbei. — Wie die Polizei des heutigen Klassenstaates sich den Arbeitern selbst im reinökonomischen Kampf auf Schritt und Tritt hindernd in den Weg stellt, hat sich beim Meeraner Streik wieder recht deutlich gezeigt. Selbst der bürgerliche „Glauchauer Beobachter" konstatirt, daß die Streikbewegung „unter dem Schutze der Polizei lahmgelegt" wurde.

Die Berliner Zimmerer haben die Einberufung eines Handwerkertages der deutschen Zimmerleute in die Hand genommen. Glück auf!

— Wen man in Preußen begnadigt. Den beiden Berliner Schutzleuten, die am Abend des 27. Oktober 1881 den liberalen Lehrer Boßköhler in brutalster Weise mißhandelten, ist vom „milden" Kaiser Wilhelm der Rest der Strafe in Gnaden erlassen worden. In der Aera der Beamten-Uebergriffe doppelt charakteristisch.

Natürlich wird dieser Fußtritt die biederen Liberalen, die Fortschrittler, nicht hindern, nach wie vor monarchischer zu sein als der Monarch selber, und zu schreien: Wir wollen von den Hohenzollern regiert werden!

Nun, Jeder wird behandelt, wie er's verdient.

*) weil nämlich die „Söhne des Adels" hier nicht ausreichen.

---

durch die in gerichtlichen Untersuchungs-Verhandlungen konstatirte Thatsache, daß der Verein, bezw. Mitglieder desselben der Verbreitung des gehässigen Flugblattes: „Tagelöhne der europäischen Fürsten" Vorschub geleistet haben, als erwiesen erachtet werden mußte, daß die im § 1 Abs. 2 des zit. Gesetzes charakterisirten Bestrebungen in einer die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise in dem Verein zu Tage treten."

Da nun die letzten beiden angeführten Gründe rein erlogen sind und nicht das mindeste Beweismoment dafür vorliegt, so hat der Vorstand des Vereins, um gleichzeitig der Reichskommission ein wenig die Zeit zu vertreiben, Beschwerde erhoben, denn wofür bekommt diese Mißgeburt ihre Tausende von Mark jährlich? Man denke nur, wie schrecklich! So ein schöner Verein wie der hiesige Sachsenverein mit seinen patriotischen Grundsätzen, ein Sachsenverein, wo man kein freisinniges Wort sprach, keinen Sozialdemokraten aufkommen ließ, dieser Verein, der Könige und Fürsten zu Mitgliedern hatte, dieser schöne Verein ist auf Grund des Sozialistengesetzes aufgelöst worden! So schreien die Philister, wir aber sagen: So muß es kommen!

Gegen einen landsmännischen Verein, wie es deren so manche gibt, hätte kein Mensch etwas gehabt, aber dieser Verein war nichts anderes als das Tummelfeld einer Klique, die jeden ihrer Landsleute, der nur eine freisinnige Miene machte, am liebsten verbrannt hätte. Und bedenkt man obendrein, von welchem Kaliber die sauberen Burschen waren, die den Elberfelder Verein repräsentirten, so wird Jeder mit uns übereinstimmen, daß unsere hier lebenden sächsischen Freunde einen Triumpf erzielt haben, auf den sie stolz sein können. Sie haben die Ehre des sächsischen Namens gerettet, indem sie dem grünweißen Symbol partikularistischer Beschränktheit gegenüber das völkerbrüderende Roth aufpflanzten. Namentlich Ihr, Genossen in Sachsen, könnt mit dem Vorgehen Eurer hiesigen Landsleute zufrieden sein!

Wir können diesen Bericht nicht schließen, ohne nicht auch des traurigen Subjektes zu gedenken, welches in der Affäre die Rolle des Denunzianten spielte. Dieser Lump heißt **Carl Trötschel,** eine Kreatur allerniedrigster Sorte, welche das Zuchthaus schon öfter mit dem Aermel gestreift und schon so und so viele kleine Gewerbtreibende auf den Bettelstab gebracht hat. Seine Eigenschaft als Präses des patriotischen Vereins benutzte dieser Lump dazu, sich überall Kredit zu verschaffen; er borgte, wo er nur konnte, natürlich aus lauter Patriotismus. Er lebte flott darauf los, seine Gläubiger aber hatten das Nachsehen, denn von diesem Lump ist kein Heller einzutreiben. Die erschwindelten Gelder belaufen sich auf viele tausend Mark.

Trötschel nun war es, der mit der Polizei in intimem Verkehr stand und unsere Genossen denunzirte. Wir empfehlen ihn daher allen hiesigen Genossen zur geneigtesten Beachtung. Es wäre über ihn noch viel zu schreiben, doch halten wir den Raum unseres Parteiorgans für viel zu kostbar, um ihn für ein derartiges Subjekt mehr als unbedingt geboten in Anspruch zu nehmen.

Elberfeld, 1. Juni.

Mit sozialistischem Gruß! Du.

— Anarchistische Polemik. Unser Artikel in Nro. 21 des „Sozialdemokrat" hat uns eine wahre Fluth von Beschimpfungen seitens des in demselben gekennzeichneten Herrn Peukert zugezogen. Da wir die Kampfesweise dieser Sorte Anarchisten zur Genüge kennen, so überrascht uns das keineswegs. Eine Diskussion ist mit diesen Leuten, deren Ueberzeugung kaum von einer Woche zur andern reicht, eben nicht möglich. Behauptet doch Herr Peukert jetzt frischweg, er habe sich „noch nie" mit einer Silbe überhaupt gegen den Normalarbeitstag &c. ausgesprochen, er habe sich nur „entschieden gegen jene Insinuation verwahrt, daß wir unter den gegebenen Verhältnissen, angesichts unserer politischen und wirthschaftlichen Zustände, endlich angesichts der „Vergewaltigungen, welchen wir Arbeiter im Kampfe um unsere politischen und sozialen Rechte ausgesetzt sind", für derartige Palliativen erwärmen könnten und uns durch solche „Köder" zu dem Zwecke der feudal-klerikalen Partei gewinnen zu lassen."

Und das schreibt derselbe Mann in demselben Organ, in welchem er zwei Nummern vorher geschrieben hatte:

„Damit ist zur Evidenz bewiesen, daß für die arbeitenden Klassen durch diesen Gesetzentwurf (Normalarbeitstag, Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit &c.!) bei der bestehenden Produktionsweise kein Jota an ihrer materiellen Nothlage abgeändert wird!"

Wenn die Arbeiter auf den Normalarbeitstag warten sollen, bis die sozialistische Produktionsweise durchgeführt ist, so hat diese Forderung als solche überhaupt keinen Sinn, das sollte selbst ein Anarchist einsehen. Aber Herr Peukert hat „noch nie mit einer Silbe sich gegen den Normalarbeitstag ausgesprochen", nämlich noch nie gegen den Normalarbeitstag auf dem Monde.

Weiter sucht Herr Peukert bei seinen Lesern den Glauben zu erwecken, unser Artikel stütze sich lediglich auf den Zeitungsbericht über seine Aussage in der Gewerbekommission, dieser sei „die Grundlage des ganzen Machwerks". Kein Wort darüber, daß wir gleichzeitig seinen Artikel in der „Zukunft" unserer Kritik zu Grunde legten. So kann er uns doch — natürlich in seiner blühenden Sprache — „abgefeimter Ränkeschmied", „professionsmäßiger Ehrabschneider" &c., den Vorwurf machen, illoyal vorgegangen zu sein. Die Anarchisten gefallen sich nämlich gern in der Rolle der gekränkten Unschuld.

Auf die Insulten, die Herr Peukert dem von ihm vermutheten Verfasser des fraglichen Artikels an den Kopf wirft, haben wir natürlich keinen Grund zu antworten. Dagegen wollen wir nicht von ihm scheiden, ohne nicht noch zur Belustigung unserer Leser mitgetheilt zu haben, wie Herr Peukert seine Gläubigen, und sie müssen sehr gläubig sein, wenn sie sich eine derartige Redaktion gefallen lassen, über die Parteiverhältnisse in Deutschland informirt. Da schreibt er:

„In allen Theilen des Reiches gährt es gewaltig und trotz der pompösen Berichte über die Wirkung des Kopenhagener Sozialistenkongresses, daß die Wahlsozialisten einiger und stärker denn je dastehen, sind es die „revolutionären" Elemente, welche an allen Ecken und Enden spucken. Von überall (!) gehen Berichte ein, daß Flugschriften revolutionären Inhaltes verbreitet werden. Man kommt immer mehr zu der Ueberzeugung, daß die pompösen Berichte für die „Züricher Gründer-Gesellschaft" nothwendig sind, um die Wahrheit zu verdecken."

Gegenüber solcher Leistung streichen wir allerdings die Segel.

— In Heidelberg wurde am 21. Juni der Maler Römküll nach sechswöchentlicher Untersuchungshaft wegen Verbreitens verbotener Schriften zu 4 Wochen Gefängniß verurtheilt. Die Richter waren aber so liebenswürdig, die 4 Wochen durch die sechswöchentliche Haft für verbüßt zu erklären.

— Dänemark. Der Redakteur unseres dänischen Bruderorgans, des „Sozialdemokraten" zu Kopenhagen, ist auf Veranlassung des Justizministers mit einer Anklage auf Majestätsbeleidigung bedacht worden. Es handelt sich um einen Artikel, der die Antwort des Königs auf eine Adresse des Folkethings bespricht.

Der Streik der Zigarrenarbeiter dauert fort. Ein uns zugegangenes Zirkular ersucht die Kollegen allerorts dringend um Unterstützung. Gelder sind zu senden an: E. Jfyller Sayagade 35 — 5 Sal. W. Kopenhagen.

Korrespondenzen.

Hamburg, 20. Juni. Die erste Wahlschlacht ist geschlagen, der theilweise Sieg errungen. Unser Kandidat Bebel hat eine große relative Majorität erhalten. Am Wahltage entfaltete sich hier ein sehr bewegtes Leben auf den Straßen und in den Wirthshäusern, besonders in den Arbeiterquartieren. In der Mittagszeit und in den Abendstunden durchzogen zahlreiche kleine Trupps die Straßen, um die Säumigen zur Wahlurne zu holen; doch auch die Gegner waren auf dem Posten, besonders die Fortschrittler, welche siegesgewiß unter großem Geräusch ihre Agitation betrieben. Ueberall sah man Standarten, die auf den Straßen umhergetragen wurden, auf denen die Namen Bebel, Rabe oder Roscher prangten.

Da die Polizei sich völlig ruhig verhielt, kamen auch nirgends Ruhestörungen vor. Verhaftet wurden nur zwei jugendliche Arbeiter, die den Namen Bebel an die Häuser und auf das Trottoir schrieben; doch wurden dieselben sofort nach Feststellung ihrer Personen wieder entlassen. Anwesend war unser Genosse Hasenclever, der mit einigen hiesigen Sozialdemokraten die einzelnen Wahllokale besuchte, überall von alten Bekannten und Freunden mit Freuden begrüßt. Dabei sei bemerkt, daß entgegen der Behauptung einzelner fortschrittlicher Blätter, die sozialdemokratischen Abgeordneten hätten sich in Hamburg nicht sehen lassen, außer Hasenclever, der vier Tage hier war, noch die Genossen Kayser und Liebknecht aus vor der Wahl besucht haben. Den Höhepunkt erreichte die Wahlfreude, als später auch unsere dänischen Genossen, Holm, Hördum und Westerberg aus Kopenhagen, welche sich eine deutsche Wahlbewegung in der Nähe und zugleich Hamburg ansehen wollten, begleitet von zahlreichen hiesigen Genossen, von Wahllokal zu Wahllokal zogen. Sie blieben nebst Hasenclever noch bis Montag früh hier und sprachen wiederholt ihre Befriedigung aus über Hamburg und die Haltung der hiesigen Parteigenossen, die sich wohl erinnerten, wie außerordentlich gastfreundlich die deutschen Sozialdemokraten kürzlich in Kopenhagen von den dänischen Genossen aufgenommen worden waren. So hat dieser Tag das Band, welches die dänischen und deutschen Sozialdemokraten vereint, noch mehr befestigt.

Am 29. d. M. findet die Stichwahl zwischen Bebel und Rabe statt, und täuschen nicht alle Anzeichen, so werden wir einen entschiedenen Sieg zu verzeichnen haben, obwohl es die Gegner nicht an Anstrengungen, denselben uns streitig zu machen, fehlen lassen werden.

— **Spremberg N./L.** Montag den 4. Juni hatten wir seit 1878 zum ersten Male wieder das Vergnügen, einen Genossen, und zwar den Reichstagsabgeordneten Kayser, in öffentlicher Versammlung hier sprechen zu hören. Die Versammlung war sehr zahlreich besucht, trotzdem der Name des Referenten aus polizeilichen Rücksichten nicht öffentlich bekannt gemacht worden war.

Ueber den Vortrag selbst ein Wort zu sagen, ist überflüssig; wer Kaiser gehört oder seine Reden gelesen, wird wissen, daß es ein äußerst gediegener war. Das bekundete auch die Versammlung durch die gespannte Ruhe und Aufmerksamkeit, welche während des Vortrages herrschte und nur durch wiederholte lebhafte Beifallsbezeugungen unterbrochen wurde. Widerspruch gegen K.'s Ausführungen wurde von keiner Seite erhoben, trotzdem die Mitglieder des hiesigen Gewerkvereins zahlreich zur Stelle waren. Nachdem Genosse Kayser noch mehrere an ihn gestellte Fragen beantwortet hatte, und sich Niemand mehr zum Worte meldete, wurde die Versammlung geschlossen. Ein Hoch auf unsern Kayser, aus der Mitte der Versammlung gebracht, war wohl der beste Dank für seinen vortrefflichen Vortrag; ein baldiges Wiedersehen hoffend, rufen wir ihm hiermit noch unsern besten Gruß zu.

Im Großen und Ganzen macht die Partei hier recht erfreuliche Fortschritte, dafür sorgen schon auf's Beste unsere Herren Fabrikanten; sie säen Haß, wo sie nur können, möchten sie auch bald die Saat ernten! Die Firma L. H. Mittag, durch drei oder viermaligen Konkurs reich geworden, beschäftigt neben zahlreichen Maurer- und Zimmergesellen allein über 60 Tischler, wie aber alle diese Arbeiter von ihren Ausbeutern geachtet werden, hat Herr Richard Mittag, ein Bruder von dem schon früher einmal erwähnten Speiser (?), wohl am besten dadurch dokumentirt, daß er vor kurzer Zeit einmal sagte: „Wenn ich meinem Hunde aus Versehen auf die Pfoten trete, so thut mir das leid, sehe ich aber, daß meinen Arbeitern von der Arbeit die Hände bluten, so habe ich kein Mitleid."

Nun, wir werden uns das auf alle Fälle merken, und wird Herr Richard Mittag seinerzeit auch auf unser Mitleid nicht zu rechnen haben.

Ein ebenso rücksichtsloses wie ungesetzliches Vorgehen gegen seine Arbeiter zeigte dieser Tage auch der Tuchfabrikant Fritz Müller am Roßplatz. Wegen einer geringfügigen Ursache entließ derselbe einen Arbeiter ohne vorherige Kündigung. Natürlich war dieser damit nicht einverstanden und ist jetzt ein Prozeß wegen Lohnzahlung im Gange; jedenfalls wird Müller auf 14 Tage Lohn zahlen müssen. Um nun Dem künftighin nicht mehr ausgesetzt zu sein, legte Müller, und zwar, wie sein Werkmeister Dortenthon behauptet, auf Anrathen unseres Herrn Bürgermeisters, den Arbeitern ein Schriftstück zur Unterschrift vor, in welchem sie sich einverstanden erklären, wenn sie nicht nach Wunsch des Herrn Müller arbeiten, sofort entlassen zu werden. Gefällt dem Arbeiter die Arbeit nicht mehr, so bleibt natürlich die Kündigungsfrist bestehen! Auf Anrathen einiger Genossen beschlossen die Arbeiter, einige zwanzig an der Zahl, nicht zu unterschreiben, und wurde infolgedessen sämmtlichen gekündigt und dieselben 14 Tage später entlassen. „Sie werden schon wieder kommen, wenn sie den Hunger werden im Leibe spüren!" höhnte Herr Müller, und wirklich scheint er Recht zu haben, die größere Hälfte der Arbeiter hat, nachdem sie zwei Tage nicht gearbeitet, bereits diese entehrende Bedingung unterschrieben und die Arbeit wieder aufgenommen, von unseren Genossen ist natürlich Keiner darunter.

Wir beabsichtigen nun, Herrn Müller noch eine tüchtige Knute zu überreichen, damit er auch Jedem, der etwa noch muckt, auch gleich ein paar kräftige Jagdhiebe aufbrennen kann! Zum Schaden wäre es nicht.

Zum Schluß noch ein paar Worte über obengenannten Dortenthon, wie über die Herren Werkmeister im Allgemeinen. Diese Leute scheinen die Fabriken nur noch als Bordells zu betrachten, wo sie an den Arbeiterinnen, gleichviel ob Frauen oder Mädchen, ungenirt ihre Lüste auslassen können; nur mit dem Unterschiede, daß sie dort dafür zahlen müssen und hier es eben „ihre" Arbeiterinen sind, die sie beliebig annehmen oder entlassen können. Herrn Dortenthon erinnern wir ganz besonders an Frau Schulz, deren Familienleben der elende Hallunke auf diese Art zerstört hat. Wir schließen mit dem Ruf: Nieder mit der Paschawirthschaft! F.

— **Stollberg in Sachsen**. Meine Korrespondenz in Nro. 10 des Sozialdemokrat hat den Erfolg gehabt, daß nach langer Ruhe die Bewegung hier etwas in Gang kommt. Es ist natürlich die Hochweise, welche die Agitation für uns besorgt. In ihrer Sucht, jeden zu vernichten, der einen Krebsschaden der heutigen Gesellschaft aufdeckt, und um die Schuldigen, den Gerichtsdiener Graubner nebst dem Amtswachtmeister, durchschlüpfen zu lassen, läßt sie den Thatbestand der besagten Korrespondenz: die Durchprügelung des Handwerksburschen — eine Sache, die hier allgemein bekannt ist — hübsch beiseite liegen, sucht dagegen unserer Partei Eins auszuwischen. Haussuchungen über Haussuchungen werden vorgenommen, und selbst die unschuldigsten Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen. Nun, ich will heute den hochweisen Staatsanwalt und das hochweise Amtsgericht mit der Nase auf die Sache stoßen, damit mindestens der Hallunke Gerichtsdiener Graubner, nicht sagen kann, meine Korrespondenz beruhe auf Verleumdung!

Der Handwerksbursche, Ihr Herren, hieß Röhner und ist aus Stollberg gebürtig, und wenn Ihr authentische Zeugen gebraucht, so wendet Euch an die Strumpfwirkermeister Karl Barthel sen. und Karl Barthel jun., die können Euch reinen Wein einschenken. Ich sagte, die Hochweise ließe die Sache aus den Augen und bereite lediglich einen Schlag gegen unsere Partei vor. . . . . Ich will dies beweisen. Wären nämlich der Amtswachtmeister oder zum mindesten der Gerichtsdiener Graubner Kläger, z. B. wegen Beleidigung, so hätte die Staatsanwaltschaft mit der Sache gar nichts zu thun, so aber spielt ein schon seit Jahren bekannter Gesinnungslump den Denunzianten und angehenden Spitzel in der Sache, um einen Prozeß auf Grund des berüchtigten Paragraphen 131 &c. zu ermöglichen. Der Name des Elenden ist Heinrich Kaufmann, Fabrikarbeiter, gegenwärtig in Mitteldorf bei Stollberg ansässig. Dieser Kaufmann, der in früheren Jahren ein blutrother Anarchist gewesen sein soll, „Die Hunde, die Blutsauger und Ausbeuter müssen alle aufgehängt werden; man muß von Oben herab anfangen" und „ich glaube an eine fette Sau" — so und ähnlich soll er sich vor dem Ausnahmegesetz mit Vorliebe ausgelassen haben; nach Einführung des Ausnahmegesetzes ist ihm aber das Herz und die Kourage in die Hosen gefallen; und wie er seiner Zeit wüthend und rebellisch gewesen, so ist er allmälig zum Schmarotzer bei seinem nun verstorbenen Arbeitgeber gegen seine Mitarbeiter herabgesunken. Bei seinem jetzigen Arbeitgeber, dem Sohn seines früheren, findet diese schöne Seele kein Gehör, und so hat er sich denn ein anderes Feld gesucht. Charakteristisch an ihm ist: Er wurde vom Militärverein ausgeschlossen, was ihm aber, trotzdem er Anarchist sein wollte, doch nicht lieb gewesen ist; ferner wurde er erst vor Kurzem wegen rohen Benehmens von der Schützengesellschaft herausgeworfen. Genug, dieser Kaufmann will einen Brief mit Ausschnitten aus dem „Sozialdemokrat" durch die Post empfangen haben. Er, der frühere Anarchist, gibt nun an, der Brief müsse von hiesigen Sozialdemokraten abgegangen sein, und das brauche er nicht zu dulden, und deshalb denunzirt er der Staatsanwaltschaft einen ganz unschuldigen Familienvater von 7 Kindern als den Absender und muthmaßlichen Verfasser meiner oben erwähnten Korrespondenz.

Es ward infolgedessen bei obigem Familienvater — Th. Friedrich Frenzel ist sein Name — ein sehr ruhiger Mann, der trotz seiner zahlreichen Familie doch redlich dasteht und schon manchen Strauß für die Sache der Arbeiter mit ausfocht, wiederholt gehaussucht und auch jedesmal der „Sozialdemokrat" vorgefunden, aber leider genügt das nicht für eine Anklage. Wie lange sie es noch so treiben werden, weiß ich nicht. Frenzel wird zweifellos einen harten Stand haben, aber ich habe Vertrauen zu ihm, daß er trotzdem der Sache der Arbeiter treu bleiben wird.

Doch wieder zur Sache. Ich habe durch einen Hausgenossen des Lumpen Kaufmann erfahren, daß um die fragliche Zeit und schon früher, wo Kaufmann den Brief erhalten haben will, der Gensdarm Günther von hier bei ihm aus- und eingegangen ist. Gensdarm Günther ist ein Sozialistenfresser, und ich will ihm durchaus nicht absprechen, daß er etwas Menschenkenner ist, denn er hat in Kaufmann seinen Mann gefunden. Woher aber weiß Kaufmann, daß die Ausschnitte aus dem „Sozialdemokrat" sind? Und warum hängt er die Sache an die große Glocke, wenn er nicht einen Zweck damit zu erreichen beabsichtigte? Ist es nicht viel wahrscheinlicher, daß der Staatsanwalt den Gensdarm Günther in die Schule genommen, und der Gensdarm wieder den Kaufmann drangekriegt hat, um einmal ein Exempel statuiren zu können? Denn Niemand anders hat den Brief mit den Ausschnitten aus dem „Sozialdemokrat" an den Kaufmann gesandt, als Kaufmann selbst, oder — der Gensdarm Günther, niemals aber ein Sozialdemokrat! Furcht sollten diese Haussuchungen erwecken; das Gegentheil wird wohl erreicht werden.

Ihr Arbeiter aber sehet mit Verachtung auf diesen Schmarotzer und Verräther Kaufmann! Er ist ja doch ein roher, habsüchtig elender, unstäter und unzuverlässiger Mensch und wird auch seinen Brodherrn — unsren Gegnern, denen er jetzt dient — wenig Ehre machen. Speziell für mich hat die Sache des Prinzipes halber hohes Interesse. Ich erkenne daraus, daß als Anarchist sich jeder Schreier aufspielen kann und daß — wie die Erfahrung lehrt — mancher Schuft und Lump sich hinter diese Maske schon geflüchtet hat, denn, — um Sozialdemokrat zu sein, heißt's lesen, denken lernen. Der Revolutionsschreier hat's bequemer und billiger. Er brüllt und mault von Rad und Galgen, Dynamit und Welterschütterung in den Tag hinein. Wieso, weshalb, warum, was dann? was kümmert's diese Tröpfe, sie machen ja ihr Geschäft dabei und profitiren für den Augenblick ein gutes Trinkgeld.

Ein Staat von solchem Gelichter, habsüchtig, roh und unwissend, würde jedenfalls mehr zu wünschen übrig lassen, als unser heutiger Bourgeoisstaat. Also — her mit dem vollen klaren Wissen zum Kampf, her mit der Organisation bewußter Kämpfer, dann die siegreiche Revolution! — 1.—

Warnung.

Um weiteren Denunziationen vorzubeugen, warnen wir hiermit vor dem Dreher Hans Block, Sohn des verstorbenen Polizeispitzels Block. Derselbe hat die Ausweisung des Genossen Albert Knapp bewirkt und sich obendrein mit diesem gemeinen Schurkenstreich gebrüstet. — Signalement: Größe 1 Meter 74—75 Ctm., Alter ca. 24 Jahre, schwindsüchtiges Aussehen; besondere Kennzeichen: Narben am Halse, von Drüsen herrührend, und einige sogen. Grützbeutel. — Das Subjekt wohnt Schönhauser Allee 116 und „arbeitet" in der Maschinenfabrik von R. Mosler, Schönhauser Allee 47. Haß und Verachtung dem Hallunken sowie dem ganzen Spitzel-System! Die Berliner Genossen.

Aus Leipzig erhalten wir folgende Zuschrift:

„Wir warnen die Genossen hiermit dringend vor folgenden zwei Subjekten:

1) Der schon früher gekennzeichnete Kolporteur **H. Nebel** ist jetzt als offizieller Spitzel zu betrachten; er hat in neuester Zeit der Polizei verschiedene Liebesdienste erwiesen, wobei er sich allerdings so ungeschickt benahm, daß es einen schier erbarmen mochte. Bei der letzten Ausweisung z. B. stand Nebel wie angewurzelt vis-à-vis der Wohnung des ausersehenen Opfers. Von anderen Fällen wollen wir schweigen, um gewissen Leuten kein schätzbares Material zu liefern.

2) Von gut unterrichteter Seite erfahren wir, daß der Schuhmacher **Mauf** als Spitzel angestellt ist. Mauf, der sich den Anschein gibt, als wisse er große Geheimnisse, ist der Sohn des Schuhmacherobermeisters Mauf, welcher die Innungskasse um ca. 6000 Mk. erleichterte und alsdann, vor 3 Jahren, ein Bad für immer nahm. Der „Herr Sohn" hat das Geld größtentheils „seinem großen Vater" abgezwungen, denn der Alte wäre nicht „so" gewesen, sagen die alten Innungsmeister. Als z. B. der „Herr Sohn" in einem zweifelhaften Fall zur Rechenschaft gezogen wurde, hatte er den Mäusen gelehrt, die Ziffern aus den Rechnungen herauszufressen. Da Mauf junior außerdem an Frechheit und Rohheit nichts zu wünschen übrig läßt, so läßt sich nicht leugnen, daß er die besten Eigenschaften für eine Stütze der heutigen Gesellschaft besitzt.

Also aufgepaßt!"

Briefkasten

der Redaktion: Blaschke: Auf Abonnenten, welche die Stimme der Kritik nicht vertragen können, verzichten wir gern, bestreiten aber auf's Energischste, daß wir in der Nr. 21 Thatsachen „arg verdreht" hätten. Dafür müssen wir den Beweis verlangen. Ihre frühere Einsendung war bereits von uns zum Druck fertig gemacht, es kam aber dann der Kopenhagener Kongreß dazwischen, und hinterher war sie veraltet. So etwas passirt indeß nicht nur Ihnen, sondern kommt leider öfters vor. Wir müßten stets zwei Seiten Korrespondenzen bringen, wollten wir alle Einsendungen abdrucken. Da das nicht geht, muß Dieser oder Jener einmal daran glauben, geflissentlich aber unterdrücken wir Niemanden. — Hochheim in London: Da Ihre Zuschrift fast ausschließlich persönlicher Natur und nur für die Genossen in Br. von Interesse ist, so haben wir Ihren Brief zunächst dem Vertrauensmann in Br. übersandt.

der Expedition: Spielhölle O'straß: Fr. 2,40 pr. Agfd. dkd. er. — K. B. O'straß: Fr. 1,40 f. Schft. erhalten. — v. d. Eider: Mk. 56,— pr. Ab. 2. Qu. u. Schft. erh. Mehrbestellg. notirt. — Eli räuber: Mk. 100,— à Cto. Abon. &c. erh. Bf. erwartet. — Zinnober Mk. 50,— à Cto. Ab. erh. Weiteres angenehm. — Sch. H. O.: Mk. 4,– Ab. 3. Qu. erh. — M. B. B.: Mk. 3,— Ab. bis Ende Aug. erh. — B. I. &c. Mk. 700,— à Cto. Ab. durch Frdshd. erh. — F. Bie Mk. 80,— desgl. à Cto. Ab. erh. — † Kr.: Mk. 6,— Ab. 2. und Qu. erh. — J. K. D.: Mk. 60,— pr. Abon. erh. Bfl. Weiteres. — Moritz: Mk. 18,— Ab. 2. Qu. und Mk. 11,50 f. Schft. erh. Quittung auf 1. Quttg. früher schon bewirkt. Bfl. Weiteres. — W. Gsbg. Numm Fr. 2,60 f. Schft. erh. — Fiskus v. Benedig: Fr. —,40 für Photog erh. — C. A. Sgr. Baltimore: Fr. 75,— à Cto. Ab. F. u. f. Schft. erh Sendung folgt ratenweise. — Roderich: Mk. 20,— f. Schft. u. Expre sendung erh. — Dtsch. Ver. Vorwärts Buenos Aires: Fr. 363,30 f. Schft. und Fr. 10,10 Ab. N.Y. Vlkztg. eingetr. — A. Mcke. Buenos Aires: Fr. 31,40 à Cto. Schrft. und Ab. erh. „N. Z." folgt durch und ebenso Mehrbstllg. &c. Die „Revista sozial", Madrid könn Sie unter dieser Adr. bestellen. Auszug kreuzte mit Ihrem Bf. v. 21. Gruß! — Von 4 Schafskopfspielern, Buffalo: Fr. 8,50 p. Ufd. dk erh. — L. H. Buffalo: Fr. 1,70 f. Schft. erh. Sdg. abgg. — O. St. J.: dwfl. 1,70 Ab. 2. Qu. erh. Nachsfrg. abgg. — Zürich: Fr. 19,– gef. im Cafe Keßler am 23.6. zur Hamburger Stichwahl dkd. erh. — Bfi: Fr. 3,50 f. Schrft. &c. erh. — Schschisch. Fl.: Fr. 2,— Ab 3. Qu. erh. — Cpra. Bern: Mk. 3,— Ab. 3. Qu. f. G. O. erh. — Blaschke: dwfl. 3,40 Ab. 3. Qu. erh. Gewünschtes kostet in Summ dwfl. 16,— franko. Sichere Adr. senden. — C. W. Mrn.: dwfl. 3,4 Abonn. 3. Qu. erhalten. — Deutscher Verein Winterthur: Fr. 45,– dem Agitationsfond f. Part.-Beiträge 1. u. 2. Qu. dkd. zugewiesen. — Schorse: M. 220,— à Cto. erh. — A. J. Hier: Fr. —,40 f. Sch erh. — Rother Hahn: M. 317,50 à Cto. Ab. &c. am 25/6 erh. We teres nach Vorschrift. Bfl. mehr. — H. Bzo. W'thur: Fr. 4,70 retou erh. — A. Klgr. Ffld.: Fr. 2,80 f. Schft. u. Annonce erh. — N Fr. Pr. Chicago: Fr. 5,05 Ab. 3. u. 4 Qu. erh. — Wallfisch M. 8,30 p. Ufds. dkd. erh. — Jugendl.: M. 7,85 f. Schft. u. A nonce erh. — Die alte Garde: M. 27,— à Cto. Ab. 2. Qu. dur Frdshd. erh. — E. B. N.: M. 5,— Ab. 3. Qu. u. Schft. erh. — M. St. Pst.: dw. fl. 1,— für Schft. u. Porto erh. Ihnen gutkommen 80 Cts. Alles beachtet. — H. B. W. a. R.: M. 3,— Ab. 3. Qu. er — Spielhölle O'Ursß: Fr. 1,40 pr. Agfds. dkd. erh. — C. Silberstei Fr. 5,— per Agfd. u. Porto gutgebr. — K. Sch. Aarau: Fr. 2,– Ab. 3. Qu. erh. — Gen. Paris: Fr. 35,— à Cto. Anth. erh. — Gr Neuenburg, St. Imier: Fr. 5,15 per Ufds. dkd. erh. — Moritz a Ende Rockville: Fr. 15,20 Ab. 3. Qu. &c. u. Schrft. erh. Sdg. En Juni abgg. — O. B. i. Jammerthal: Fr. 61,92 à Cto. Ab. &c. er K. Sch. Amß.: Fr. 5,20 Ab. 3. Qu. u. Schft. erh.

Für die streikenden Weber in Meerane (Sachsen)
sind ferner bei uns eingegangen:

Von den Gen. in Baden durch K. Fr. 10,50, von P.-Gen. in Bern Fr. 16,50 gesammelt.

— Humoristisches. „Blaurothe Bismärcker. In dem bekannten strohfarbigen Autoritätslappen von Zürich steht wörtlich folgende Notiz: „Zur Beachtung. Wer gegen Majoritätsbeschluß der Genossen oder der Warnung der Mehrzahl der Genossen entgegen, mit Personen, welche öffentlich bloßgestellt sind, dennoch verkehrt und schließlich ausgewiesen wird, hat die Ausweisung selbst verschuldet und von der Partei keine Unterstützung zu beanspruchen. Berlin, 30. April 1883. Das Zentral-Komite."

„Wir behalten uns vor, auf diesen schmutzigen Ukas, der an Gemeinheit sich mit jedem Dekret der preußisch-deutschen Polizei kühn messen kann, des Näheren zurückzukommen. Daß die Drahtzieherbande mit solchen Mitteln gegen uns ankämpfen muß, beweist jedenfalls, daß ihr Einfluß im Schwinden ist. Das ist das einzige Erfreuliche an dieser widerlichen Geschichte."

Also wörtlich zu lesen im Mostischen Revolutions-Moniteur. Daß der Beschluß unserer Berliner Genossen, dem leichtfertigen Verkehr mit anrüchigen Subjekten energisch entgegenzuwirken, den Beifall von Leuten nicht finden kann, die ihre Anhänger mit bespielloser Eleganz gleich zu Dutzenden in's Zuchthaus zu bringen verstanden haben, liegt auf der Hand; daß diese Leute aber die gegen die Madai'schen Spürhunde gerichtete Maßregel ohne Weiteres auf sich beziehen, das ist in der That „das einzige Erheiternde" u. s. w. (siehe oben).

Schweizerische Genossenschaftsbuchdruckerei Hottingen-Zürich.